

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

149 (30.6.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zulassenstraße 24.
Telefon: Nr. 138. — Postzeitungsliste: Nr. 5144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 149. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 30. Juni 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Die deutschen Arbeiterssekretariate im Jahre 1905.

Das die von der organisierten Arbeiterschaft errichteten Institute für Auskunftsverteilung und Arbeitsbeschaffung von eminenter Bedeutung für die Arbeiterbevölkerung geworden sind, wird durch die von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren der bestehenden Institute andauernd steigend und das aus allen Industriezweigen und -Zentren, in denen Sekretariate noch nicht bestehen, immer mehr der Ruf nach Errichtung solcher Institute erschallt. Aber auch die Tatsache, dass die bestehenden Sekretariate der Errichtung von Arbeiterssekretariaten und Rechtsauskunftsstellen ihre Aufmerksamkeit in stets steigendem Maße zuwenden, was eine Aufgabe, die sich die General-Kommission angelegen sein ließ und seit 1901 mit dem Erfolg mittels der statistischen Erhebungen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse durchgeführt.

Im gegen die Vorjahre bedeutend erweiterten Statistik für 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Auskunftsstellen beteiligt, so dass die Berichte von 175 sich mit Rechtshilfe und Auskunftsverteilung betreuenden Instituten der Bearbeitung zugrunde liegen. Von den Ende 1905 bestehenden Sekretariaten ist nur das Wirburger an der Statistik beteiligt.

Die von den Berichten der Gewerkschaftskartelle von denselben 56 Arbeiterssekretariate unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. Drei Sekretariate unterhält, wie sich aus den Berichten ergibt, der Bergarbeiterverband und drei werden von der General-Kommission unterhalten, während die übrigen fünf teilweise von den Gewerkschaften, teilweise von Kartellen und teilweise von Arbeiterorganisationen und Redaktionen unterhalten werden. Von den 67 Sekretariaten üben 25 ihre Tätigkeit auf einen größeren Bezirk, sogar einige auf ganze Landesteile aus. So erstreckt sich das Arbeitsgebiet des Moskauer Sekretariats auf das Moskauer Gebiet aus. Daraus ergibt sich, dass nicht nur die Arbeiter in den 175 mit Sekretariaten und Rechtsauskunftsstellen begünstigten Orten die Vorteile der Tätigkeit dieser Institute genießen, sondern dass die Bevölkerung einer weit größeren Zahl von Orten des gegenwärtigen Reichs dieser Vorteile ausschließend aus den durch die organisierte Arbeiterschaft angebrachten Mitteln unterhaltenen Institute teilhaftig wird.

Über die Einrichtungen und Kostenverhältnisse der Sekretariate im Jahre 1905 enthält die Statistik folgende Angaben. Danach werden 28 Sekretariate von den Gewerkschaftskartellen verwaltet, während für 36 Sekretariate eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt ist, und 3 Sekretariate vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes verwaltet werden. 20 Sekretariate erteilen Auskunftsstellen an Organisierte und Organisationsunfähige, während die Angehörigen organisierter Arbeiter dagegen von 47 Sekretariaten ausgenommen sind, ob es zweckmäßig ist, an Unorganisierte Auskunftsstellen zu erteilen, sind die Meinungen geteilt. Es ist nicht zu verkennen, dass die Arbeiterssekretariate von bedeutender agitatorischer Wert innehaben und die Sekretariate, welche nicht ausschließlich die Zwecke der Auskunftsverteilung, Beschaffung von Arbeit und der Vertretung ihrer Klienten verfolgen, sind, werden kaum darauf verzichten können, auch den Unorganisierten ihre Hilfe anzubieten zu lassen. Es haben allerdings verschiedene Sekretariate mit der Auskunftsverteilung an Unorganisierte auch unliebbare Erfahrungen gemacht und sind durchwegs nicht die gewünschten Erfolge erzielt. Es gibt leider viele Indifferente, die sich nicht scheuen, die Hilfe des Sekretariats zwar in Anspruch zu nehmen, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, dass die Kosten zur Unterhaltung des Sekretariats durch Organisationen aufgebracht werden, denen sie grundsätzlich nicht angehören wollen. In solchen Elementen wird man stets zu rechnen müssen und einige Sekretariate suchen sich vor der Verteilung durch diese dadurch zu schützen, dass sie Unorganisierten für die Auskunftsverteilung Gebühren erheben, während an Organisierte und Angehörige, sowie Organisationsunfähige Auskunftsstellen erteilt wird. Dieser Weg ist aber nicht allerorts gangbar, vielmehr wird man auf dieser Frage stets die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen haben.

Die Aufgaben, welche sich die Arbeiterssekretariate gestellt haben, gehört außer der Auskunftsverteilung in erster Linie die Vermittlung von Beschäftigung an die Gewerkschaften. Nur zwei Sekretariate, das vom Bergarbeiterverband unterhaltene Sekretariat in Laden und das vom Verlag des Volksblatt unterhaltene Sekretariat in Karlsruhe haben die Beschäftigungsvermittlung nicht in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die Vertretung

ihrer Klienten vor den richterlichen Instanzen wird von 49 Sekretariaten ausgeübt. Da, wo die ganze Sekretariatsarbeit einem einzigen Beamten übertragen ist, der auch noch agitatorisch tätig sein muss, ist es häufig unmöglich, persönliche Vertretungen übernehmen zu können. Teilweise aber ist auch den Sekretariaten die Ausübung dieser Tätigkeit unmöglich gemacht dadurch, dass sie ganz unberechtigter Weise als Vertreter von den zuständigen Gerichten nicht anerkannt resp. nicht zugelassen werden. Mit statistischen Arbeiten befassten sich 38 und mit Abhaltung von Versammlungen und sonstigen agitatorischen Arbeiten 35 Sekretariate. Die Gesamteinnahmen der Sekretariate, welche eine besondere Klasse bilden, belaufen sich für das Jahr 1905 auf 162 064 M. Davon entfallen auf laufende Beiträge der beteiligten Organisationen 138 487 M., Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle 3680 M., Zuschüsse von Parteiorganisationen, Redaktionen und Genossenschaften 6707 M. Sonstige Einnahmen, Gebühren usw. 13 190 M. Vom Staat subventioniert wird nur das Sekretariat in Gotha mit jährlich 2000 M. Aus Gemeindefonds unterstützt wird das Sekretariat Vant-Bilhelmshagen, und zwar zahlen die Gemeinden Vant (22 000 Einwohner) jährlich 500 M., Heppens (16 000 Einwohner) 400 M., Reuende (8 000 Einwohner) 200 M.

Von 29 Sekretariaten werden Beiträge überhaupt nicht erhoben und von weiteren 6 Sekretariaten wird berichtet, dass die Einnahmen aus den Beiträgen in die Masse des Gewerkschaftskartells fließen, aus der die Unterhaltungskosten des Sekretariats gedeckt werden. Diese insgesamt 35 Sekretariate können Angaben über Einnahmen nicht machen.

Über die Ausgaben liegen von 62 Sekretariaten Angaben vor, über die die Tabelle 1 die näheren Ausweise enthält. Diese 62 Sekretariate erforderten im Jahre 1905 eine Gesamtausgabe von 238 772 M. Davon sind veranschlagt: für Gehälter und persönliche Entschädigungen 148 342 M., Büromiete 16 838 M., Beleuchtung, Heizung und Reinigung 12 758 M., Bücher und Drucksachen 24 703 M., sonstige Ausgaben 31 105 M. Angaben über die Unterhaltungskosten des Sekretariats wurden nicht gemacht von Aachen, Breslau, Charlottenburg, Koburg, Jena und Stuttgart.

Die laufenden Beiträge, welche pro Mitglied der an die Sekretariate angehörenden Gewerkschaften erhoben werden, schwanken zwischen 40 Pf. und 1 20 M. pro Mitglied und Jahr. In den Orten, wo besondere Beiträge für das Sekretariat nicht erhoben werden, sind die Beiträge, welche die Gewerkschaften in die Kartellkasse zu zahlen haben, entsprechend erhöht und werden hier alle dem Kartell angehörenden Gewerkschaften zur Unterhaltung des Sekretariats herangezogen, während da, wo die Masse des Sekretariats von der des Kartells getrennt geführt wird, nur die Gewerkschaften zur Beitragsleistung für die Sekretariatskasse herangezogen werden, welche ihren Anschluss an das Sekretariat erklärt haben. Wiederholt ist es in solchen Orten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften gekommen, weil eine oder mehrere größere Gewerkschaften, die in der Lage sind, besondere Beiträge an dem Sekretariat zu zahlen, auf die Anteilnahme an dem Sekretariat glauben verzichten zu müssen. Dadurch, dass gerade größere Gewerkschaften sich abseits stellen und den kleineren und schwächeren die Unterhaltung des Sekretariats überlassen, werden letztere um so mehr belastet. An sich sind Beiträge von 10 Pf. pro Monat für die Unterhaltung eines Sekretariats nicht allzu hoch. Wenn sie jedoch ausschließlich von den kleinen Gewerkschaften aufgebracht werden sollen, während die leistungsfähigeren leer ausgehen, so trägt ein solches Verhältnis nicht gerade dazu bei, dass für die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftskartelle erforderliche gute Einvernehmen zwischen den Gewerkschaften eines Ortes zu fördern.

Die Frequenz der Sekretariate ergibt sich aus folgenden Zahlen: Insgesamt wurden die Sekretariate von 283 767 Auskunftsfindenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunftsfindern bezw. Rechtsbehilfen Suchenden waren Arbeitnehmer und deren Angehörige 262 111, davon 40 921 weibliche Personen. 11 585 Auskunftsfindende waren selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und weitere 872 Auskunftsfindende waren Behörden, Vereine oder Korporationen. Im letzten Jahre haben 87 507 Auskunftsfindende, einschließlich der Behörden und Vereine, die Sekretariate mehr in Anspruch genommen, als im Jahre 1904, und 118 404 mehr als im Jahre 1903.

Von den 273 696 Personen, welche im Jahre 1905 die Arbeiterssekretariate in Anspruch nahmen, waren 160 284 = 59 Proz. gewerkschaftlich organisiert. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Besucher der Sekretariate ist von Jahr zu Jahr gestiegen.

Über die Zahl der politisch organisierten Auskunftsfindenden liegen von 33 Sekretariaten und über die Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten nur von 28 Sekretariaten Angaben vor. Insgesamt waren von den Auskunftsfindenden 10 804 politisch und 9758 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsersuchen betrug 323 548.

(Schluss folgt.)

Badische Politik.

Die jetzige Organisation der Staatseisenbahnen hat Genosse Kolb in der Eisenbahndebatte als das

Grundübel der Eisenbahnverwaltung bezeichnet. In die Spitze der Eisenbahnverwaltung sollen ein Techniker und ein Kaufmann gestellt werden, welchen man zur Erledigung der administrativen Aufgaben juristisch oder kameralfähig gebildete Beiräte zur Seite stellen soll. Heute sind die Rollen direkt umgekehrt verteilt, die eigentlichen Leiter unserer Eisenbahnen sind die Juristen und Kameralfähigen, während die Techniker als die beigeordneten Organe funktionieren. Dieser Zustand wird von Jahr zu Jahr unhaltbarer. Das zeigen die vielen Mängel bei unseren Eisenbahnen, vor allem die kolossale Verschwendung von Geldern, die bei einer richtigen Organisation gespart werden könnten. Jeder Privatbetrieb würde, wenn auch nur annähernd so mit dem Gelde gewirtschaftet würde, wie im Staatseisenbahnbetrieb, unrettbar dem Bankrott verfallen.

Dass der Standpunkt, den Genosse Kolb im Landtag vertreten hat, trotz der Einwände der Herren Dr. Vinz und Konjordan zutreffend ist, zeigt ein Artikel in der Bad. Landeszeitung, der offenbar aus Kreisen der Techniker stammt. Der Hinweis auf die Zurücksetzung der Techniker wird als unzweifelhaft richtig bezeichnet. Wörtlich heißt es dann:

Trotzdem sind noch keine Anzeichen für eine Umwandlung der veralteten Organisation in eine moderne, den gewordenen neuen Verhältnissen entsprechende Form zu bemerken. Die Eisenbahn ist zunächst eine technische Einrichtung, deren Leistungsfähigkeit nicht so sehr eine Frage der Administration, als vielmehr des technischen Ausbaus ist. Hierzu kommt, dass der höhere technische Beamte sehr wohl Verwaltungsangelegenheiten, der Verwaltungsbeamte aber nicht technische Aufgaben durchführen kann. Zum Schluss über das sich heraus ergebende Maß des Einflusses, d. h. der Zuständigkeit der technischen Frage, dieser höhere Einfluss der Techniker muß vielmehr durch ihre Stellung innerhalb der Eisenbahnverwaltung zum Ausdruck kommen. Jetzt nehmen aber die Techniker keine solche Stellung ein, daß sie einen wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Eisenbahnangelegenheiten nehmen könnten.

Es wird dann ausgeführt, wie der derzeitige Zustand sich insbesondere bei den Bezirksstellen geltend macht. Zum Schluss heißt es dann:

Alle die kleinen und feinen Mittel, die dazu dienen sollen, unsere Eisenbahnlinien günstiger zu gestalten, werden auf die Dauer verjagen, wenn nicht das Grundübel beseitigt und die Organisation der Eisenbahnverwaltung einer gründlichen Reorganisation in dem Sinne unterzogen wird, daß das technische Element auf dem jetzt dem Betriebsdienst in der Zentralverwaltung und im Bezirk überordneten Gebiete vorangestellt wird.

Sehr richtig! Unser Vorschlag würde nicht so im Argen liegen, wenn die Organisationsfrage endlich erledigt würde. Zum Bau eines kleinen Bahnhofs braucht man heute 10 und mehr Jahre. In derselben Zeit hat man vor 60 Jahren die ganze Bahnstrecke von Heidelberg bis Freiburg doppelgleisig gebaut. Und damals war die Technik noch in den Kinderschuhen gefestigt. Unsere heutigen Eisenbahnbureaufüratzen sind gewiß brave und überaus fleißige Leute, aber sie befinden sich an der falschen Stelle. Kolb hat sie sehr zutreffend charakterisiert, als er sagte: Diese Leute fühlen sich unglücklich, wenn zwei nicht zusammengehörnde Aktienkapital zusammengeheftet werden, als wenn zwei Güterzüge zusammenstoßen. In der Tat, so ist es und so lang es so ist, werden unsere Eisenbahnen das nicht sein, was sie sein sollten, ausschließlich Verkehrsmittel zur Seilung und Förderung der Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt. Nie und nimmer würde ein Kaufmann solche Experimente machen, wie sie jetzt mit der sogenannten Tarifreform gemacht werden. Die Kaufleute geben im Jahre Zehntausende aus, um Kunden zu gewinnen. Unsere Eisenbahnbureaufüratzen aber grübeln darüber nach, wie sie ihre Kunden vom Schnellzug fernhalten können. Dieser phänomenale Unsinn wird dann noch als „Reform“ charakterisiert. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, aber es ist so.

a. Aber, Herr Generaldirektor!

In dem Bericht der Frankfurter Zeitung (Nr. 176, 1. M.-Bl.) über die Kammerverhandlung zum Budget des Eisenbahnbaus ist zu lesen:

Generaldirektor Roth setzt auseinander, ... der Eisenbahnbau sei aber auch in durchaus höher Weise vor sich gegangen.

Wenn übel gebaut wird, wird auch übel gefahren; man findet, daß die Kritik der Opposition nicht unberechtigt war.

Das Gesetzes- und Verordnungsblatt

veröffentlicht das Gesetz betr. die Diäten der Landtagsabgeordneten, wonach die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten eine Tagesgebühr von 9 M. erhalten und den Abgeordneten freie Fahrt auf den badischen Staatsbahnen gewährt wird.

Die duplizierten Zentrumswähler.

Man schreibt uns: Dumm und läppisch, wie nicht anders zu erwarten, kommt nun endlich das Eitlinger Landräumchen aus seinem wohlverdienten tiefen Schlafschlaf heraus und lacht seine Partei von dem Vorwurf, die Wähler hinter sich geführt zu haben, rehzumachen. Merkwürdigerweise will er „auf die Einzelheiten der Polemik“ nicht eingehen, er will nur konstatieren, daß wir den Abgeordneten Gericht heftig angegriffen haben und daß es in Zentrumskreisen (in welche er nicht wohl bekannt gewesen wäre, daß Gericht kein Klo-

sterfreund ist. Zum ersten haben wir den Abgeordneten Gericht nicht angegriffen, sondern nur die Tatsache konstatiert, daß er sich gegen den Vorwurf, in Stersbach sich als Klostergegner erklärt zu haben, gewehrt hat; diese Tatsache bleibt bestehen. Daß derselbe gegen die Klosterzulassung stimmen wird, darüber war bei uns noch nie ein Zweifel. In unseren Artikeln haben wir nur gesagt, daß die Zentrumspartei, nicht Herr Gericht, die Wähler hinter sich geführt hat. Auch diese Tatsache bleibt bestehen. Daß der Standpunkt der damaligen Kandidaten in „gewissen Zentrumskreisen“ bekannt war, daran zweifeln wir nicht — aber den katholischen Wählermassen wurde er vorenthalten.

Ein Verbrechen an der Religion und am Vaterland nennt es der Landsmann, wenn die Zentrumspartei die Sozialdemokraten unterläßt. Die Erkenntnis kommt allerdings etwas spät, denn bekanntlich war man ja in Eitlingen sehr geneigt, dieses Verbrechen zu begehen und vor einigen Jahren hat man es wirklich begangen. Daß dieses schreckliche Verbrechen bei der Landtagswahl nicht begangen wurde, daran trägt das Zentrumswahlkomitee sicher keine Schuld, sondern lediglich Herr Wacker. Daß der Landsmann uns der Unwahrheit bezichtigt, wirkt wirklich komisch; wenn er das sagt, dann weiß jeder, daß das Gegenteil so ziemlich richtig ist und es erübrigt sich, den Vorwurf zurückzuweisen.

o. Waldshut. Die Neue Waldshuter Zeitung, eines der enfant terrible unter den badischen Zeitungswelt, macht in ihrer Nr. 77 bezüglich der Entlassung des Zentrumswahlkomitees wieder eine bemerkenswerte Äußerung. Nachdem Herr Weiser als „einziger wirklicher Arbeiterabgeordneter“ bezeichnet worden ist, entschließt dem Wakte das folgende interessante Gebändnis:

„Es erscheint uns nicht gerade sehr glücklich gewählt zu sein, einen Mann, dem man das Vertrauen als Volksvertreter schenkt, in der parlamentarischen Zeit einfach wieder in das Arbeitsverhältnis zu schicken und ihn so der Billigkeit eines Unternehmers auszuliefern.“

Ganz unsere Meinung. Vielleicht nimmt auch ein badischer Beobachter von dieser ungenannten Offizier seines Waldshuter Schredenskindes Notiz.

Wir werden diese Bemerkung in guter Erinnerung behalten für den Fall, daß von Zentrumswahlkomitee wieder einmal gegen unsere sozialdemokratischen Abgeordneten der Vorwurf erhoben wird, sie seien keine Arbeiterabgeordneten. Würde die Zentrumspartei ihren „einzigen wirklichen Arbeiterabgeordneten“ in eine Stellung bringen, wo er vor der „Billigkeit des Unternehmers“ (so harte Worte liest man selten in der „christlichen“ Presse) gesichert ist, wie das sozialdemokratische in solchen Fällen immer geschehen ist, so wäre es nach der menschlichen Logik der Zentrumspresse auch mit dem „einzigen wirklichen Arbeiterabgeordneten“ vorbei. Aber den Schluss würde die Zentrumspresse in diesem Falle sicher nicht ziehen.

Deutsche Politik.

Die Erstwahl in Altona-Neerloh

hat Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und dem des Zentrums zur Folge. Das Stimmenresultat der Erstwahl ist folgendes: Es wurden insgesamt 34 188 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Saderland (Soz.) 10 547, Klode (Zentr.) 7774, Müller (Frei. Ppt.) 7678, Gaarmann (nat.) 6552, Kneffler (Christl. Soz.) 1637 Stimmen. Bezugsstimmten sind 5 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung war erheblich stärker als im Jahre 1903. An Stimmengewinn erzielte die Sozialdemokratie 401, das Zentrum 1170, der Freisinn 551 Stimmen. Die Nationalliberalen büßten 778 Stimmen ein. Den stärksten Stimmengewinn erhielt also das Zentrum, welches dadurch den freisinnigen Kandidaten aus der Stichwahl verdrängte. Der sozialdemokratische Kandidat müßte in der Stichwahl unbedingt den Sieg davon tragen, wenn auf die freisinnigen Wähler Verlaß wäre. Allein die Erfahrungen zeigen, daß das nicht der Fall ist. Das Zentrum wird also eventuell einen überwiegend protestantischen Bezirk an sich reißen.

Kasernenfreunden.

Die Soldatenquartiere mehren sich. Vom Ende März bis Ende Juni 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 52 Soldatenquartieren bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 8 Jahre 8 Monate 3 Tage Gefängnis, 4 Monate 22 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 9 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 29 Tage Stubenarrest, 7 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 9 Jahre 4 Monate 3 Tage.

In diesem Vierteljahre mußten u. a. zwei preussische Hauptleute wegen Soldatenmißhandlung gerichtlich bestraft werden. Leider wurden ihre Namen nicht genannt. Der eine gehört dem Rauenburger Jägerbataillon an und erhielt 17 Tage Stubenarrest; den anderen zu bestrafen hat das preussische Grenadierregiment Nr. 12 das Glück. Ihm wurden 42 Tage Stubenarrest diktiert. Wenn sogar Hauptleute mißhandeln, so schweigen alle Soldatenquartiere unmaßstäblich die Verabschiedung eintrügen.

Im ersten Halbjahr 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 91 Soldatenquartieren bekannt, die einen Freiheitsentzug von 19 Jahren 6 Monaten und 17 Tagen erlitten.

Besonders auffallend ist das Ueberhandnehmen des „Schäfers“ der jungen Mannschaften durch

